



Aggressive Freihandelsagenda

EU-Assoziierungsabkommen in Zentral- und Südamerika sollen Konzerninteressen durchsetzen

Torge Löding, San José

Für die einen ist es ein Striptease, für die anderen schlicht eine Lüge. „Die Europäische Union sprach bei Beginn der Verhandlungen von drei Säulen: politischem Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel“, berichtet Lara Rangel von der „Kontinentalen Sozialen Allianz“. Sie gehört der Bewegung gegen den Neoliberalismus in ihrem Heimatland Kolumbien an und bilanzierte ihre Erfahrung mit Mitstreitern im April auf einer Konferenz in El Salvador folgendermaßen: „Die Europäer haben einen totalen Striptease hingelegt. Den politischen Dialog, die Kooperation und Menschenrechte – ein heikles Thema in Kolumbien – ließen sie wie eine Hülle fallen und am Ende steht nur ein knallhartes Freihandelsabkommen.“

Was die EU als „Assoziierungsabkommen“ mit der Andenregion, Zentralamerika und

zahlreichen anderen Weltregionen verhandelt, entspricht der „Lissabon-Strategie“, auf die sich Europas neoliberale Regierende im März 2000 verständigt hatten. Deren Eckpunkte sind zusammengefasst im Strategiepapier „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ (Europa Global, März 2006) – eine aggressive Freihandelsagenda zugunsten europäischer Konzerne mit den Schwerpunkten: Öffnung der Dienstleistungssektoren des Südens für europäische Konzerne; sicherer Zugang zu und Kontrolle von strategischen Bodenschätzen (Mineralien, Erdöl, Energie, Land, Artenvielfalt, Wasser); Öffnung der Beschaffungskäufe zentralamerikanischer Regierungen für europäische Lieferanten; Urheberrechtsschutz zu Gunsten der Konzerne; Verbesserung des Schutzes von Investitionen aus Europa; Abschaffung staatlicher Hilfen für

lokale Firmen in Zentralamerika und Abbau der Zollschränken.

GEHEIMDOKUMENTE Auf große Erfolge kann die EU-Kommission aus ihrer Sicht bisher indes nicht verweisen. Aus dem strategisch wichtigen Abkommen mit den Andenstaaten wird nach dem Rückzug der progressiven Regierungen von Ecuador und Bolivien aus den Verhandlungen nun nur ein Rumpfvertrag mit den konservativ regierten Ländern Kolumbien und Peru. Der internationale Durchbruch zeichnet sich nun aber in Zentralamerika ab. Im Mai wurden die seit Oktober 2007 mit Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica laufenden Verhandlungen zum Abschluss gebracht werden (Panama hat in diesem Prozess Beobachterstatus). Aufgrund der strategischen Bedeutung will sich die „Kontinentale